

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	7/2018
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	19. Juni 2018
Zeit:	19:00 Uhr – 21:55 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>FW</u> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Fritsch, Holschuh, Rehberger, KH Streib, Dr. Rothe und Wachert</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Harant, Oppelt, von Reumont, Stadträte Ch. Rupp (ab 20 Uhr) und K. Rupp,</p> <p><u>SPD</u> Stadträte Bergsträsser, Berroth, Hertel, Keller und Schimpf</p> <p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser und Seidelmann, Stadträte Katzenstein und Schwenk</p>
weiter anwesend:	Herr Weiher und Frau Semrau (FB 2); Herr Horvath (FB 4); Herr Dr. Scheffczyk (FB 5); Frau Lutz und Herr Seiz (FB 6); Herr Heid (FB 8) Frau Kling, Geschäftsführerin Kindergarten „Mäusezauber“ zu TOP 3; Herren Schöffle, Jacobsen und Koehler (Ingenieurbüro Koehler + Leutwein) zu TOP 4
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Kaltschmidt und Betke-Hermann, Stadtrat Schmitz; Ortsvorsteher Hoffmann
Urkundspersonen:	Stadträte Berroth und Dr. Rothe
Sachvortrag:	Frau Kling, Geschäftsführerin Kindergarten „Mäusezauber“ zu TOP 3; Herr Schöffle und Herr Koehler zu TOP 4; Herr Seiz zu TOPs 5 und 6; Frau Lutz zu TOP 7; Herr Dr. Scheffczyk zu TOP 10
Schriftführerin:	Frau Polte

Vor Sitzungsbeginn kündigt der Bürgermeister an, dass die Verwaltung den TOP 4, „**Umsetzung 7-Stunden-Modell**“, **von der Tagesordnung nimmt**, da wichtige Unterlagen der SRH noch ausstehen sowie beide Schulrektoren am heutigen Abend nicht zur Sitzung kommen können. Der bisherige TOP 9 wird als neuer TOP 4 vorgezogen. Hiermit sind alle Stadträte einverstanden.

Stadtrat Katzenstein beantragt, den neuen TOP 4, „**Bebauungsplan Karl-Landsteiner-Straße**“, **von der Tagesordnung zu nehmen**; die Behandlung in der heutigen Sitzung entspreche nicht den rechtlichen Vorgaben der Gemeindeordnung (GemO). Der Großteil der Unterlagen sei erst 6 bzw. 4 Tage vor der Sitzung zugesandt worden, zudem nur digital, zusätzlich seien die Unterlagen mit über 350 Seiten viel zu umfangreich gewesen, um sie in der gegebenen Zeit durcharbeiten zu können. Ginge es nur um einen Offenlagebeschluss, wäre er mit der heutigen Behandlung einverstanden gewesen – nicht aber in diesem Fall, da es zusätzlich um eine Billigung des Planentwurfs gehe. Die Fraktion der Grünen sehe sich nicht rechtzeitig und nicht umfangreich informiert; einer Billigung müsse eine fundierte Diskussion vorangehen können.

Stadtrat Keller spricht sich ähnlich aus. Da die Experten der Fa. Koehler und Leutwein in der heutigen Sitzung anwesend sind, schlägt er vor, sie ihren Vortrag halten zu lassen, die Beschlussfassung in die nächste Sitzung zu vertagen.

Der Bürgermeister entgegnet, die Kenntnisnahme sämtlicher digital versandter Unterlagen sei nicht Voraussetzung für die Behandlung des TOPs gewesen, vielmehr ein Angebot zur umfassenden Transparenz. Er schließt sich dem Vorschlag von Stadtrat Keller an, den Sachvortrag der Repräsentanten des Ingenieurbüros zu hören und darüber zu beraten, in der kommenden Gemeinderatssitzung Beschluss fassen zu lassen. Diese Vorgehensweise findet allgemeinen Konsens im Gremium.

FRAGESTUNDE

Ein Anwohner des „Mühlrain“ möchte wissen, ob die Widmung der Straße notwendig sei – sie werde doch schon seit Jahrzehnten genutzt. Würden die Anwohner in Kürze ihre Abschlussrechnungen der Erschließungsbeiträge erhalten? Der Bürgermeister bejaht beide Fragen. Die Widmung als formeller Akt sei erforderlich.

Der Bürger fragt weiter nach dem Zustand des Stadtarchivs. Der Bürgermeister antwortet, das Archiv habe den Starkregen der letzten Woche unbeschadet überstanden; noch sei nicht alles geordnet, dies werde nach und nach abgearbeitet. Die wesentlichen Unterlagen seien im ehemaligen Volksbank-Archiv in der Südstadt untergebracht.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 6 vom 15. Mai 2018**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadtrat Wachert beantragt eine Ergänzung bei der Äußerung eines Weststadt-Bürgers (3. Absatz der Fragestunde): „Er erkundigt sich danach, ob und wann die Überlaufrohre des Grabens in den Kümmebach versiegelt oder zurückgebaut werden“.

Der Bürgermeister erläutert zum Stichwort „Überläufe“, dass die Presseberichterstattung teilweise fehlerhaft gewesen sei. Die Überläufe seien schon lange verboten. Er habe die Angelegenheit beim Landratsamt richtiggestellt. Die Stadt sei inzwischen in der Finalisierungsphase der Umsetzung.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die og. Änderungen sind einzuarbeiten.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 6/2018 vom 15. Mai 2018 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

3: **Kindertageseinrichtungen – Weiterentwicklung der Betreuungsangebote
Aufnahme der Kindertageseinrichtung des privaten Trägers „Mäusezauber GmbH & Co.KG“ in die Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2018/19**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur und Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein: Die Verwaltung sei angesichts des bestehenden Bedarfes froh gewesen, dass ein Externer auf die Stadt zugekommen sei. Herr Weiher habe an den Standorten von „Mäusezauber“ in Heidelberg und Weinheim nach Referenzen gefragt und positive Rückmeldungen

erhalten. Er fragt, wie „Mäusezauber“ mit der derzeit schwierigen Personalrekrutierung umgehe.

Frau Kling stellt die „Mäusezauber“ GmbH mit ihrem Konzept für Neckargemünd anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Anlage beigegeben wird. Dabei ergänzt sie, dass vom Brandschutz und dem Jugendamt bereits „grünes Licht“ gegeben worden sei. Am Gebäude selbst solle eine Außentreppe als Zugang zu den Gruppenräumen angebracht werden. Im Zuge der Inklusion sei auch die Fahrstuhlnutzung denkbar, aber nicht als grundsätzliche Lösung, da die Gefahr bestehe, dass sich Kinder unbeobachtet entfernen. Die Personalgewinnung habe kein Problem dargestellt – die als nächstes an den Start gehende Einrichtung in der Heidelberger Bahnstadt werde gleich mit voller Besetzung, 14 Personen, starten.

3.2: **Beratung:**

Stadtrat Wachert fragt nach der Verkehrsanbindung – laufe die Zu- und Abfahrt über den Parkplatz des projektierten neuen Supermarktes? Zusätzlich fragt er nach der Preisgestaltung der Einrichtung. – Frau Kling antwortet, dass die Gebühren über den Neckargemünder Preisen liegen, aber noch nicht ganz das übliche Heidelberger Niveau erreicht hätten. Man müsse mit einem Monatsbetrag von 395,- € rechnen – könne die Kinder dafür aber bis zu 10 Stunden täglich von 7 – 17 Uhr betreuen lassen. Dazu komme noch ein Verpflegungsgeld von ca. 60 €.

Stadtrat Keller freut sich über das Platzangebot und fragt an, ob die Kinder auch draußen spielen können. – Frau Kling erklärt, im Erdgeschoss würde es eine direkte Ausgangstür auf ein großes Freigelände geben.

Stadtrat Rehberger sieht den Bedarf als gegeben, und betont, man müsse die Situation in der Gesamtstadt betrachten. Es sei wichtig, die Kinder wohnortnah unterbringen zu können. Die Preise empfindet er als hoch. Würden die Mitarbeiter, die am Kind arbeiten, nach Tarifvertrag bezahlt? Dies bejaht Frau Kling.

Stadtrat Rehberger führt weiter aus, ursprünglich sei das Zapf-Gelände als Gewerbegebiet gedacht gewesen. Die Nutzungsart habe sich nun deutlich gewandelt – die SRH und möglicherweise ein Kindergarten kämen nun dazu.

Der Bürgermeister merkt an, dass die Mäusezauber GmbH ein gewerbliches Unternehmen ist, das in Neckargemünd Gewerbesteuer zahlen würde. Das Platzangebot der Einrichtung brauche man in Neckargemünd dringend. Der Standort sei nahezu ideal, auch für die Ortsteile sowie die Gebiete Hollmuth und Mühlrain.

Stadtrat Berroth spricht sich grundsätzlich dagegen aus, soziale Aufgaben an gewinnorientierte Unternehmen abzugeben. Der Bürgermeister entgegnet, ein privater Kindergarten sei für die Stadt finanziell günstiger als selbst einen zu bauen und betreiben.

Stadtrat Holschuh interessiert, wie die anderen 3 Stockwerke des 5-stöckigen Gebäudes erschlossen werden. Frau Kling verweist auf ihre bisherigen Ausführungen – im EG würde es einen separaten Eingang geben, die Kinder gehen über eine Außentreppe nach oben.

Stadträtin Groesser thematisiert ebenfalls die Zufahrt und mögliche Konflikte mit dem künftigen Edeka-Parkplatz. Das Zapf-Gelände werde noch weiterentwickelt, und der Verkehr werde noch zunehmen. Auch hinsichtlich Lärm und Luftverschmutzung sei der Standort an der B 45 nicht ideal. Gebe es einen zweiten Fluchtweg? Sie schließt sich an die Vorrede von Stadtrat Rehberger hinsichtlich dessen an, dass an diesem Standort etwas anderes entstehen sollte, nämlich ein echtes Gewerbegebiet. Auch die Preisgestaltung sei heftig – einen Platz könnten sich wohl nur Doppelverdiener leisten. Sie kündigt an, die Aufnahme des Kindergartens abzulehnen. Frau Kling erklärt, 15 – 20 Parkplätze für die Einrichtung seien auf dem vorderen Parkplatz angedacht; sie empfindet die Zufahrts- und Parksituation nicht so kritisch. Als Fluchtweg werde es eine Fluchtrutsche vom 1. OG nach unten geben.

Der Bürgermeister führt aus, die KVJS sei sehr streng, was die Wege im und am Gebäude usw. angehe – eine Betriebserlaubnis bekomme man nur nach sehr strenger Prüfung. Ob die Plätze zu den genannten Konditionen besetzt werden, sei nicht das Problem der Stadt, wohl aber der hohe Bedarf. Wenn man „Mäusezauber“ nicht wolle, müsse die Verwaltung schauen, wie sie im nächsten Kindergartenjahr den Platzbedarf von rund 60 Plätzen abdecken könne. Thema dieser Sitzung sei auch nicht die Entscheidung für oder gegen „Mäusezauber“. Die Stadt könne nicht über eine Betriebserlaubnis entscheiden. Heute gehe es darum, ob die Verwaltung in ihrer Bedarfsplanung 2018/19 die von „Mäusezauber“ angebotenen Plätze einplanen dürfe.

Stadtrat Bergsträsser weist nachdrücklich darauf hin, dass auch der Kindergarten Mückenloch ein Platzdefizit habe. Er möchte wissen, ob man im nächsten Jahr mit zusätzlichen Plätzen in Mückenloch rechnen könne. Dies bejaht der Bürgermeister. Diese seien schon in die Bedarfsplanung eingerechnet.

Stadträtin von Reumont möchte wissen, wie nachhaltig das Angebot von „Mäusezauber“ sei. Den Ausführungen von Frau Kling habe sie vor allem entnommen, dass die Kindererziehung und –behütung ein sehr gut florierender Wirtschaftszweig sei. Im Vortrag habe man bisher noch nichts über die Konzeption des Kindergartens oder das Unternehmen selbst erfahren. Auch bei eigenen Recherchen im Internet habe sie diesbezüglich nicht viel finden können. Sie tue sich sehr schwer mit den hohen Preisen. Frau Kling antwortet, die Expansion des Unternehmens beginne erst jetzt, einige Jahre nach den Erfahrungen mit zwei kleineren Einrichtungen. Man habe ein Qualitätskonzept und eine Erziehungskonzeption, diese leite sie gerne der Stadt zu. Ihr Ehemann, ebenfalls Geschäftsführer, sei Wirtschaftsjurist, sie selbst Betriebswirtin. Die Bereichsleiterin, die derzeit die Gesamtleitung übernehme, sei früher Erzieherin gewesen.

Stadtrat Dr. Rothe hat Bedenken, dass die Lärmentwicklung des produzierenden Gewerbes und des Supermarktes nicht ideal für die Planungen seien.

Auch Stadtrat Hertel fragt nach einem pädagogischen Konzept. Die Preise seien deutlich höher als in Neckargemünd üblich. Er stellt in Frage, ob es ausreicht, ein hochpreisiges Angebot in den Bedarfsplan einzustellen, der dann möglicherweise

voll sei, aber möglicherweise werde das teure Angebot von Neckargemünder Eltern nicht angenommen.

Stadtrat Wachert stellt die Frage in den Raum, ob man das Angebot der „Sternschnuppe“ damals auch so kritisch hinterfragt habe? Es wäre seines Erachtens sinnvoll, eine zentrale Stelle zur Verwaltung aller Kindergartenplätze zu haben, damit die Eltern nicht in verschiedenen Einrichtungen anfragen müssen oder doppelt Plätze angemeldet werden.

Der Bürgermeister hält eine solche zentrale Verwaltung der Anmeldungen angesichts des sehr hohen Personalaufwands nicht für machbar.

Stadtrat Fritsch rät dazu, dass „Mäusezauber“ die Verkehrsproblematik mit Herrn Zapf bespricht. Er selbst sehe der Sache positiv entgegen.

Der Bürgermeister führt aus, der Markt regle, ob eine Einrichtung erfolgreich sei oder nicht. Für die Stadt sei zur Vermeidung der hohen Investitionskosten ein privater Kindergarten immer die bessere Lösung.

Stadträtin von Reumont sieht dies als nicht unbedingt die bessere, allerdings die bequemere Lösung. Sie möchte nicht, dass Eltern genötigt werden, die teuren Plätze zu nehmen.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat lehnt mit 8 Ja-Stimmen und 8 Gegenstimmen, Rest Enthaltungen, die Aufnahme der angebotenen Einrichtung des privaten Trägers „Mäusezauber GmbH & Co.KG“ in die Berechnung innerhalb der Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2018/2019 ab. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Fehlbestand an Plätzen im nächsten Kindergartenjahr eine andere Lösung zu finden.

20:00 Uhr, Stadtrat Ch. Rupp kommt zur Sitzung.

4: **Umsetzung „Sieben-Stunden-Modell“: Läuteplan und Mensaverpflegung**

Der TOP wurde (s.o.) von der Tagesordnung genommen. Er ist erneut auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung zu nehmen.

Neuer TOP 4 (bisher TOP 9)

4: **Bebauungsplan „Karl-Landsteiner-Straße“** – hier: **Billigung des Entwurfes des Bebauungsplanes einschließlich der örtlichen Bauvorschriften und Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Absatz II BauGB.**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Frau Lutz erläutert die Vorlage kurz. Herr Schöffle erläutert den Bebauungsplanentwurf. Man habe freiwillig eine frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt, um möglichst frühzeitig etwaige Fragestellungen klären zu können. Insgesamt eigne sich der Standort aufgrund seiner Erschließungssituation und der Lage im Stadtgefüge sehr gut – gerade die Südseite Neckargebünds sei nicht so gut mit Einzelhandel versorgt wie andere Bereiche. Man habe umfangreich Art und Maß der baulichen Nutzung überprüft, das Nutzungskonzept, das geplante Gebäude inklusive Nebenanlagen und Verkehrsflächen. Von den Trägern öffentlicher Belange habe lediglich Bammental grundsätzliche Bedenken angemeldet. Es gebe jedoch Gutachten, die genau das Gegenteil belegen. Auch im Bereich Schallschutz gebe es keine Überschreitungen, die Maßnahmen erforderlich machen. Herr Koehler ergänzt, man habe ein Verkehrsgutachten und ein Lärm-schutzgutachten gefertigt, die besondere Belastung des Verkehrsknotens in Spitzenzeiten betrachtet sowie den Verkehrslärm des Marktes, An- und Abfahrten sowie der Bahn berechnet. Auch ohne den „Edeka“ sei es auf dem Gelände gegenwärtig schon sehr laut. Aus einer Berechnung des Lärms ohne und mit „Edeka“ gehe hervor, dass am Tag und Nacht mit „Edeka“ eine geringe Zunahme des Verkehrslärms prognostiziert werde. Dieser Unterschied liege deutlich unterhalb der Wahrnehmbarkeit, allerdings werden die Überschreitungen im Nachtbereich möglicherweise stärker empfunden (Parkplatzverkehr, wenn der „Edeka“ bis 22 Uhr geöffnet ist, oder das Fitness-Studio bis 23 Uhr auf hat). Zusammenfassend sei der Plan im gegenwärtigen Stadium heute reif für den nächsten Verfahrensschritt, alle zu beachtenden Aspekte seien abgeprüft.

Der Bürgermeister ergänzt, er werde in der Bevölkerung oft angesprochen, wann der neue „Edeka“ komme. Man könne mit diesem Planentwurf nun in die Offenlage gehen, die Beteiligung der Träger öff. Belange habe keine gravierenden Hindernisse ergeben. Zudem sei die Verwaltung im Vorfeld mit der IHK, dem Einzelhandelsverband dem RP und dem Landratsamt zusammengesessen, hätte dabei ein klares Signal über die Genehmigungsfähigkeit bekommen.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger sieht positiv, dass alles, was bisher zum Planentwurf abgeklärt wurde, im „grünen Bereich“ liegt. Er kann im Nachgang den Vertagungsantrag der Grünen nicht nachvollziehen; es sei doch bereits im Gemeinderat mehrheitlich gesagt worden, man wolle den neuen „Edeka“. Seines Erachtens hätte man sich in der nächsten Sitzung den TOP ersparen können.

Stadtrat Schimpf bedankt sich, dass über das Pflichtmaß hinaus Transparenz hergestellt wurde. Er möchte wissen, welche Folgen Bedenken bzw. Ablehnungen von Kritikern unter den Trägern der öff. Belange haben. Herr Koehler antwortet, dass für das Verfahren selbst zahlreiche Gutachten erstellt werden, was die raumordnerische Einordnung angeht – hier stünde dann möglicherweise Gutachten gegen Gutachten.

Stadtrat Katzenstein stellt drei Fragen, die (*kursiv gedruckt*) gleich von Herrn Koehler beantwortet werden:

1) Die Umspannstation soll „wenn möglich“ verlegt werden: was passiert, wenn das nicht geht? – *Die Station steht schon an der eingezeichneten Stelle, wird durch den Bebauungsplan gesichert und in ihrer Funktionalität erhalten. „Edeka“ werde sich um den Standort herum entwickeln.*

2) Andienungsverkehr zwischen 5 und 6 Uhr morgens – gibt es die Möglichkeit, zum Schutz der Anwohner die Anlieferungszeiten auf nach 6 Uhr zu beschränken? – *Rein rechnerisch sei der Lärm zwischen 5 und 6 Uhr nicht schlimmer als später – allerdings könne die psychologische Wahrnehmung anders sein. Man solle sich an die entsprechenden Richtlinien halten, die vorgeben, dass eine Anlieferung vor 6 Uhr grds. möglich ist.*

3..) Beleuchtung: es seien sowohl LED- als auch Natriumdampflampen zulässig – letztere sollte man herausnehmen. – *Natrium-Dampflampen werden heutzutage voraussichtlich nicht mehr genutzt.*

Stadtrat Ch. Rupp erinnert daran, dass die CDU bezüglich eines neuen „Edeka“ geteilter Meinung gewesen sei. Er habe seine Meinung nun geändert – wenn ein Fitness-Studio ins obere Stockwerk komme, könne man der Sache positiv gegenüberstehen. Ein solches Studio werde in Neckargemünd gebraucht. Er nimmt Bezug darauf, dass sich Bammental möglicherweise übergangen fühle: wenn man über Jahre versuche, einen GVV aufzubauen, dürfe man nicht vergessen, mit Bammental über solche Planungen zu sprechen. Der Bürgermeister hält entgegen, er habe sehr wohl mit seinem Bammentaler Kollegen im Vorfeld gesprochen. Er könne nichts dazu, wenn in der Öffentlichkeit die Angelegenheit nun anders dargestellt werde.

Stadtrat Hertel bringt einen neuen Aspekt: es habe sich eingebürgert, dass auf der freien Fläche im Kreuzungsbereich die Rettungshubschrauber landen. Wäre es von der Größe der Rasenfläche möglich, dass auch weiterhin Hubschrauber dort landen können? – Herr Schöffle antwortet, dies sei eine ganz neue Frage; nach derzeitigem Stand halte er es eher für nicht praktikabel, vor allem wegen des Parkplatzes. Die Frage werde aber geprüft.

Der Bürgermeister sagt zu, die Frage eines künftigen Hubschrauberlandeplatzes an Fachbereich 4 zu geben, damit sie im Blaulichtstammtisch diskutiert werden könne. Evtl. eigne sich auch der Elsenz-Sportplatz als Landeplatz, oder der Schwimmbad-Parkplatz.

Stadtrat Fritsch rät dazu, vor einer Ablehnung alles bis ins Detail zu durchdenken. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Herr Zapf zugesagt habe, die Stadt könne den Parkplatz bei städtischen Veranstaltungen nutzen, auch habe man den Markt wegen seiner positiven Wirkung auf die Versorgung der Ortsteile (Einkaufen vor Tunneldurchfahrt) befürwortet.

Der Bürgermeister bittet die Gemeinderäte, etwaige Fragen zum Bebauungsplanentwurf bis zum 03.07. an die Verwaltung zu geben, damit diese noch rechtzeitig an das Büro Gerhardt zur Beantwortung weitergegeben werden kann. Ein Nachteil der Beschlussvertagung sei, dass der Großteil der Offenlagezeit nun in den Ferien liegen werde.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen des Planungsbüros Koehler und Leutwein zum Bebauungsplanentwurf „Karl-Landsteiner-Straße“ zur Kenntnis. Der TOP ist zur Beschlussfassung in der nächsten Gemeinderatssitzung bezüglich Billigung und Offenlage erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

5: **Neu- und Ausbau Bushaltestellen, 2. Ausschreibung
- Vergabe der Bauleistungen**

**Bushaltestelle „Grundschule Neckargemünd“
Neubau Buswendeanlage mit Haltestelle auf dem Parkplatzgelände Schützenhausstraße/ Ecke Banngartenstraße**

**Bushaltestelle „SRH Berufsbildungswerk“
Barrierefreier Umbau Bushaltestelle Im Spitzerfeld einschließlich Straßensanierungen**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Seiz erläutert die Vorlage kurz. Bei der erneuten Ausschreibung seien nur reine Bauleistungen ausgeschrieben worden. Fa. Eckert habe angeboten, mit den Bushaltestellen bis November 2018 fertig zu werden. Das ist günstig, denn die Änderungen im Fahrplan der Schulbusse lässt sich so problemlos in den Fahrplanwechsel der Busbetreiber zum Dezember integrieren.

5.2: **Beratung:**

-

5.3: **Beschluss:**

- 1) Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Neubau der Buswendeanlage mit Haltestelle auf dem Parkplatzgelände Schützenhausstraße / Ecke Banngartenstraße an die annehmbarste Bieterin, die Firm Emil Eckert GmbH, 74934 Reichartshausen, zum geprüften Angebotspreis in Höhe von 118.697,62 € zu erteilen.
- 2) Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den barrierefreien Umbau der Bushaltestelle Im Spitzerfeld einschließlich der Straßensanierungen an die annehmbarste Bieterin, die Firma Emil Eckert GmbH, 74934 Reichartshausen, zum geprüften Angebotspreis in Höhe von 103.957,21 € zu erteilen.

6: **Abwasserhebewerk 1, Falltorstraße
- Antrag den Abwasserzweckverband Heidelberg auf Übernahme als Verbandsanlage einschließlich Instandsetzung und Betrieb**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister erläutert die Vorlage kurz und betont, ein Ausfall dieses für die Stadt zentralen Pumpwerkes hätte fatale Auswirkungen. Die Übernahme durch den AZV bringe der Stadt sehr große Vorteile, da der AZV das Werk saniere, die Investitionskosten vom AZV getätigt und von dort aus in die Kalkulation eingebracht werden. Die Stadt Neckargemünd müsse somit kein Darlehen für die Ertüchtigung bzw. Sanierung aufnehmen (anders könne man die Investitionskosten nicht stemmen). Stimme der Gemeinderat heute zu, könnte der Übernahmeantrag der Stadt in der nächsten AZV-Sitzung bereits behandelt werden.

6.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger bezeichnet den Vorschlag als „guten Schachzug“, und möchte wissen, wie die Übernahme sowie der Betrieb künftig geregelt seien. Zurzeit überwache ein Mitarbeiter des Bauhofs die Anlage – brauche man diesen dann künftig dafür nicht mehr? Wie sei es bei Störungen, und wer sei künftig für den Betrieb verantwortlich? – Herr Seiz antworte, die AVR werde nur investieren können, wenn die Anlage ins Eigentum des Zweckverbandes übergeht. Wie genau die Übernahme vorgenommen werde, sei noch nicht abschließend geregelt – wahrscheinlich sei eine Verrechnung mit der Umlage. Nachdem es höhere Kosten bedeuten würde, wenn die Anlage stets durch Personal betreut wird, das aus Heidelberg kommen muss, würde der Klärwärter des Bauhofs weiter für den AZV tätig sein.

Stadträtin Groesser möchte wissen, ob es aus dem Procedere auch Nachteile für die Stadt gebe. Der Bürgermeister antwortet, ein kleiner Nachteil könne sein, dass der AZV ungünstigere Kreditkonditionen bekommen könne als die Stadt. Insgesamt sei das Hebewerk abgeschrieben, die Stadt müsse nichts mehr dafür zahlen.

Stadtrat Holschuh äußert sich erfreut, dass die Sanierung nun endlich angegangen werde –die Anlage sei älter als 40 Jahre!

Stadtrat Schimpf betont die Effizienz des AZV und lobt die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Verwaltung mit der Antragstellung zu beauftragen, dass der Abwasserzweckverband Heidelberg das Abwasserhebewerke 1, Falltorstraße, als Verbandsanlage übernimmt, instand setzt und betreibt.

7: **Erschließungsanlage „Am Mühlrain“ – Endgültige Herstellung gemäß den Anforderungen nach § 1 Absatz 4 bis 6 Baugesetzbuch und Widmung**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister informiert kurz über die Vorlage und berichtet, inzwischen seien alle Klagen beendet, und ein Punkt erreicht, an dem man in die

Abrechnung eintreten könne. Es sei noch der formelle Akt der Widmung erforderlich.

7.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger erkundigt sich nach der Höhe des Erschließungsbeitrags pro Quadratmeter, den die Anwohner erbringen müssen. Frau Lutz erklärt, dass das beauftragte Büro noch mit der Prüfung aller Rechnungen beschäftigt sei. Es zeichne sich ab, dass man in etwa bei dem Vorauszahlungsbeitrag landen könne.

Der Bürgermeister sagt zu, das Gremium über den Preis zu informieren, sobald die Abrechnung fertig gestellt ist.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat trifft, jeweils einstimmig, folgende Feststellungen:

1. Die Erschließungsanlage Am Mühlrain wurde im Jahre 2015 entsprechend der städtischen Erschließungsbeitragsatzung endgültig hergestellt. Es wird festgestellt, dass die Anlage den in § 1 Absatz 4 bis 6 Baugesetzbuch bezeichneten Anforderungen entspricht.
2. Die Anliegerstraße Am Mühlrain im Bereich zwischen der Kreuzung Josef-Werner-Straße bis zum Ausbauende bei Hausnummer 70 wird gemäß § 5 Absatz 1 bis 4 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg mit sofortiger Wirkung als Ortsstraße dem öffentlichen Verkehr überlassen und als Gemeindestraße eingestuft.
3. Die Gemeinde wird nun die endgültige Abrechnung der Erschließungsbeiträge für die erstmalige endgültige Herstellung vornehmen.

8: **Geplante Verordnung zur Festlegung der FFH-Gebiete im Regierungsbezirk Karlsruhe**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister merkt an, dass sich durch die Verordnung nichts an der bisherigen Rechtssituation für Neckargemünd ändern würde. Er hätte sich gewünscht, dass im Interesse der Schaffung eines Radwegs nach Bammental entsprechende Flächen um 1 – 2 m verkleinert werden könnten, dies sei aber leider nicht durchsetzbar gewesen.

8.2: **Beratung:**

Stadträtin von Reumont nimmt Bezug auf die nicht deckungsgleiche Fläche im FFH-Gebiet östlich des Marktweges in Waldhilsbach. Es werde künftig wichtig sein, dieses Gebiet zu entwickeln. Der Bürgermeister antwortet, dies würde bei einer künftigen Überplanung durch einen Bebauungsplan eine Rolle spielen.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stellt fest, dass von der Verwaltung keine Stellungnahme abzugeben ist.

10: **Neufassung der Schwimmbad-Ordnung**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 - Immobilienmanagement ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Dr. Scheffczyk stellt die Vorlage vor.

10.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein hat zahlreiche kritische Anmerkungen - etwa zu den Formulierungen in § 2 Abs. 4 („gute Sitten, Ruhe und Ordnung“), § 2 Abs. 7 (Verbot von Plastikgefäßen, Mehrwegflaschen entspräche nicht der Nachhaltigkeit), § 2 Abs. 8 (auch Leeren der Fächer?), § 2 Abs. 11 (Hosen und Oberteile für Frauen, oder auch Burkinis); § 4 Abs. 2 (Jahreskarten?); § 5 Nr. 7 (muss Bademeister Flossengebrauch genehmigen?); § 5 Abs. 2 sei eine Doppelformulierung – die er leicht sarkastisch vorträgt, bis der Bürgermeister ihn bittet, die Verwaltung nicht lächerlich zu machen. Viele der erwähnten Dinge stünden bereits in der alten Satzung und seien von dieser lediglich übernommen worden.

Stadtrat Katzenstein regt an, die Verwaltung möge den Satzungsentwurf nochmals überarbeiten. Zusätzlich solle eine Synopse alt-neu zur Verfügung gestellt werden (dies wird vom Bürgermeister zugesagt). Er möchte auch wissen, warum eine Datenschutzerklärung in der Satzung stehen müsse. Hierauf antwortet der Bürgermeister, für die Ausgabe der Saisonkarten würden Daten erhoben und verarbeitet.

Stadtrat Bergsträsser nimmt Bezug auf § 2 Nr. 5 und regt an, das Rauchen im Schwimmbad komplett zu verbieten.

Stadträtin von Reumont erwähnt § 2 Nr. 9 (Mitbringen von Tonträgern verboten nur dann, wenn es zu Belästigungen kommt?) Insgesamt hält sie es für absurd, jeden Paragraphen einzeln durchzugehen, und spricht sich auch für eine nochmalige Überarbeitung im Ganzen aus.

Stadtrat Berroth schlägt vor, die Bearbeitung der Satzung in den Hauptausschuss zu verweisen.

Herr Dr. Scheffczyk erklärt die Festlegungen zu Badehose und Burkini mit Hygienesichtspunkten und betont, die Hoheit über die Flossen-Benutzung müsse beim Bademeister liegen. Die Anregungen werde er aufnehmen.

10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich, bei 3 Gegenstimmen, die Verwaltung mit der Überarbeitung des vorgelegten Satzungsentwurfes zu beauftragen und diesen zur Beschlussfassung in die nächste Sitzung des Hauptausschusses zu verweisen.

11: **Vorberatung der 94. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Im Hollmuth“ am 10.07.2018, öffentlicher Teil**

11.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit/Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

11.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein merkt an, die Vorlagen zu den TOPs 2 und 3 fehlen. Von der Verwaltung wird mitgeteilt, dass sie hierzu keine Vorlagen erhalten habe.

11.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 94. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Im Hollmuth“ am 10. Juli 2018:

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung	Ablehnung
1	Genehmigung der Protokolle vom 14. November 2017	x	
2	AVR Konzeptvorstellung: Phosphor-Recycling im RNK	x	
3	Feststellung der Jahresrechnung 2017	x	
4	Information über den Deckungsmittelüberhang 2017	x	
5	Allgemeine Finanzprüfung der Jahre 2011 – 2016 Unterrichtung der Verbandsversammlung	x	
6.	Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Vermögensbewertung für das neue Haushaltsrecht	x	
7.	Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe des 2. Kanalsanierungsabschnitts nach EKVO Untersuchung	x	
8.	Neufassung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit	x	
9.	Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter	x	
10.	Festlegung des Termins der 95. Verbandsversammlung	x	
11.	Verschiedenes		

12: **Mitteilungen und Anfragen**

12.1: **Fährpächtersituation**

Der Bürgermeister teilt mit, hinsichtlich eines neuen Fährpächters gebe es die Hoffnung, in Kürze einen, vielleicht sogar zwei zu gewinnen; sie seien derzeit noch in Ausbildung.

12.2: **Jubiläum „25 Jahre Städtepartnerschaft mit Missoula“**

Der Bürgermeister hätte sich etwas mehr Beteiligung der Gemeinderäte an den Programmpunkten gewünscht.

12.3 **Neckarbote**

Stadtrat Bergsträsser erinnert daran, dass über die Zukunft des „Neckarboten“ gesprochen werden solle. Er kritisiert: In dieser Woche habe es 9 Seiten für amtliche Mitteilungen gegeben, die wichtigsten Sachen hätten darauf irgendwie verteilt Platz gefunden, nicht in Reihenfolge der Wichtigkeit. Auch seien manche Texte im Amtsblatt wiederholt veröffentlicht worden. Der Bürgermeister antwortet, die wiederholte Veröffentlichung sei von der Verwaltung beabsichtigt, um die Informationen über einen längeren Zeitraum für die Bevölkerung präsent zu halten. Die Reihenfolge der Beiträge entspreche dem Satzspiegel, daher sei keine strenge Hierarchie nach Wichtigkeit möglich. Er habe mehrfach mit Herrn Nussbaum gesprochen; das Thema sei weiterhin auf der Agenda.

12.4 **Friedhofskommission**

Stadtrat Bergsträsser mahnt das Zusammentreten der Friedhofskommission an.

12.5 **Kindergarten Mückenloch**

Stadtrat Bergsträsser erkundigt sich nach dem Sachstand. Der Bürgermeister antwortet, in der nächsten Woche soll ein gemeinsamer Besprechungstermin mit der ev. Kirche vereinbart werden.

12.6 **Bericht des Klimaschutzbeirates**

Stadträtin Groesser beantragt, die Verwaltung solle zu einer der nächsten Sitzungen den Klimaschutzbeirat zwecks Berichterstattung einladen.

12.7 **Ruftaxi Hollmuth**

Stadträtin Groesser fragt nach dem Sachstand. Der Bürgermeister antwortet, bei der Verwaltung existiere schon eine Vorplanung. Diese weiterzuverfolgen, habe sich aufgrund des Sachbearbeiterwechsels im Zuge der Umorganisation der Verwaltung verzögert. Das Thema sei weiterhin auf der Agenda, allerdings gebe es zurzeit noch wichtigere Prioritäten, die vorgezogen bearbeitet werden müssten.

12.8 **Sachstand schnelles Internet**

Stadtrat KH Streib berichtet, er sei vom Ortschaftsrat und der Bevölkerung nach dem Sachstand gefragt worden. Wo stehen die Verhandlungen mit der Telekom? Herr Seiz antwortet, gegenwärtig gebe es in Dilsberg und Mückenloch Probleme wegen zu wenig freier Anschlüsse. Auch sei der Abstand zum Verteiler maßgeblich für den Empfang – hier liegen noch Kupferkabel. Bezüglich Fibernet sei jetzt die Standortzustimmungserklärung unterschrieben worden; die Feinplanung sei in 2 – 3 Monaten zu erwarten. Es werde dann Aufgabe des Gemeinderates sein, die Prioritäten für den weiteren Ausbau festzulegen, denn alles über die beiden „backbone“-Standorte hinaus müsse die Stadt selbst leisten. Auch sei die Förderung nicht mehr so hoch; durch den Vectoring-Ausbau sei eine Grundversorgung mit 50 MBit außer in kleinen Teilbereichen gegeben – dies gilt als „gut versorgt“ hinsichtlich der Förderkriterien, und bedeutet niedrigere Förderquoten.

Der Bürgermeister ergänzt, die Verhandlungen mit den Betreibern seien schwierig, man telefoniere immer wieder nach. Er werde aber die Anfrage bezüglich Dilsberg mitnehmen und nachhaken.

12.9 **Friedwald**

Stadtrat Wachert erkundigt sich nach dem Sachstand. Der Bürgermeister verweist hinsichtlich der verschiedenen Bestattungsformen auf die Behandlung in der Friedhofskommission.

12.10 **Plastikgeschirr beim „Orientalischen Fest“**

Stadtrat Katzenstein kritisiert, beim orientalischen Fest im Zuge des „Lebendigen Neckar“ am vergangenen Wochenende sei das Essen in Plastikgefäßen ausgegeben worden.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Berroth

Die Schriftführerin

Stadtrat Dr. Rothe